



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

52. hét

2018.12.21.

ZUSAMMENFASSUNG

- **Obstruktion im Parlament** – Die Arbeit des Parlaments zu behindern, spontane Demonstrationen zu organisieren, Scheinskandale zu schüren und ein gekünsteltes Martyrium vorzutäuschen, sind keine Neuigkeiten in der europäischen Politik. Die ungarische Opposition bediente sich in den jüngsten Tagen Techniken, die in Polen bereits ausprobiert wurden und dort zum Scheitern verurteilt waren, ohne jedoch aus den dort gemachten Fehlern zu lernen. Dieses niveaulose, den einstigen Ereignissen in Polen ähnelnde Ränkeschmieden könnte den Anfang eines auf Skandale ausgerichteten Politisierens bedeuten, wie es in der Geschichte des ungarischen Parlamentarismus noch nicht vorgekommen ist.
- **Demonstrationen** – Die Oppositionsparteien formulierten in der vergangenen Woche nicht etwa Kritiken an einzelnen inhaltlichen Elementen des modifizierten Arbeitsgesetzbuches, sondern veranstalteten eine Art Wahrnehmungswettbewerb. Mit den regierungsfeindlichen Demonstrationen, die zudem nicht gewaltfrei verliefen, und der Störung des Betriebs der öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalt MTVA wurde der Versuch unternommen, im eigenen Wählerlager einen Mythos von der Notwendigkeit einer Vereinigung der Opposition zu kreieren.
- **Rücktritt von Gábor Staudt** – Nachdem der Mitbegründer der Jobbik unter Berufung auf familiäre Gründe zurücktrat und auch sein Abgeordnetenmandat zurückgab, ist mit einem fortgesetzten Schwenk der Jobbik nach links zu rechnen. Im Hintergrund dieser Entscheidung dürfte in erster Linie der Umstand stehen, alle Hindernisse für eine umfassende Vereinigung der Opposition aus dem Weg zu räumen.

WICHTIGE MELDUNGEN – WIRTSCHAFTSPOLITIK

DIE VERABSCHIEDUNG DES ÜBERSTUNDENGESETZES KÖNNTE DIE SCHATTENWIRTSCHAFT ZURÜCKDRÄNGEN

Für den Effekt einer Eindämmung der Schattenwirtschaft im Zuge regulierter Überstundenarbeit lassen sich zahlreiche internationale und regionale Beispiele finden. Infolge der durch die Oppositionsparteien an der Gesetzesänderung formulierten Kritiken wurde die Einführung des neuen Regulierungsrahmens, mit dem Schatten- und Schwarzwirtschaft angegangen werden sollen, zum zentralen Element heftiger innenpolitischer Auseinandersetzungen, wobei der Fokus von den relevanten wirtschaftlichen Auswirkungen abgelenkt wurde.

In jenen Ländern, die höhere durchschnittliche Überstundenzahlen im Jahr vorweisen können, fällt die Schattenwirtschaft charakteristisch niedriger aus (Abbildung 1.). Wenngleich illegale

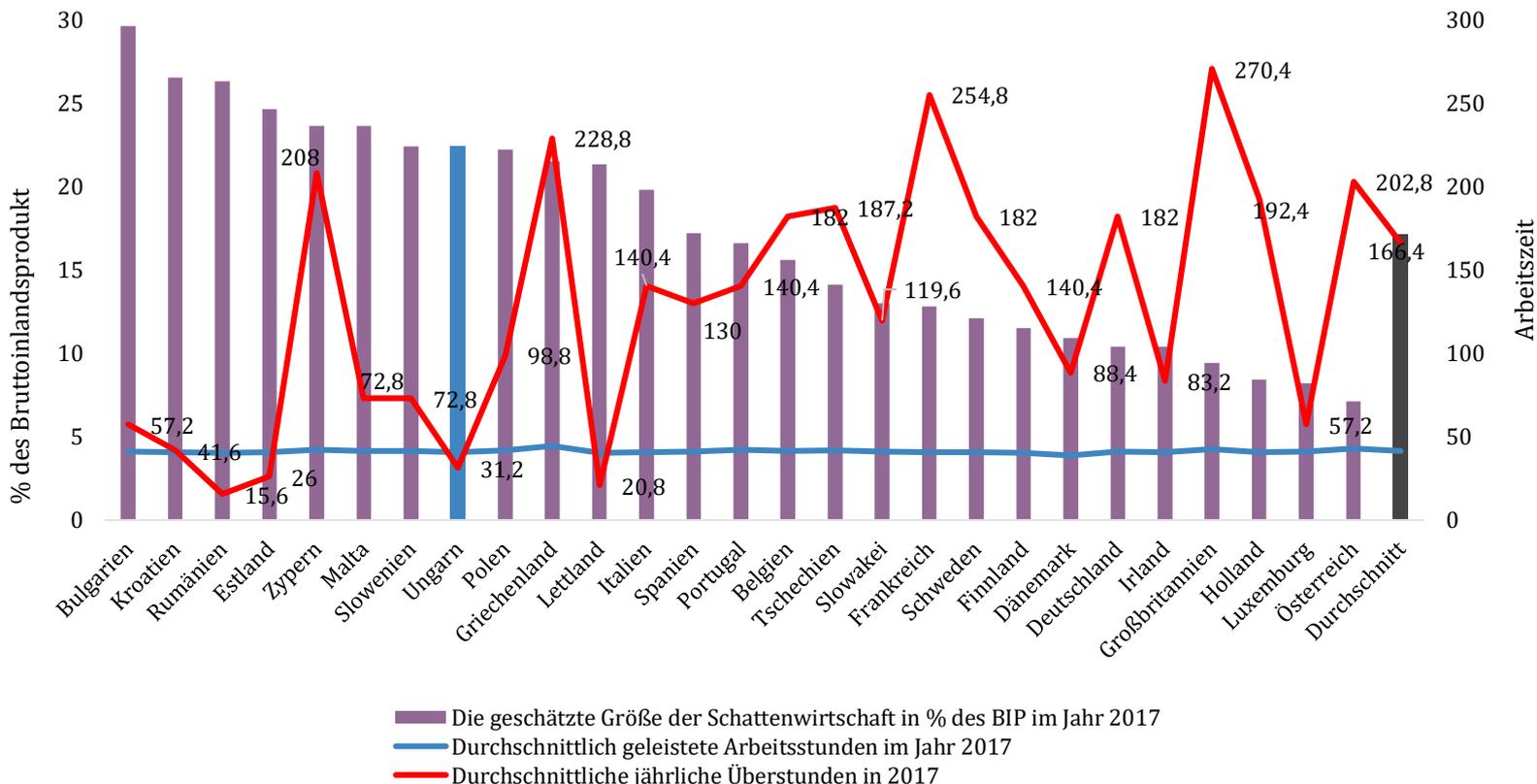


Abbildung 1 Die geschätzte Größe der Schattenwirtschaft und die durchschnittliche jährliche Überstunden in EU-Ländern (2017) (Leandro Medina & Friedrich Schneider (2018): Shadow Economies Around the World; Eurostat; Magyar Idők)

Überstunden nicht der einzige und der größte Faktor der verdeckten Wirtschaft sind, ist doch ein Zusammenhang zwischen deren Ausmaß und der Zahl an Überstunden zu erkennen. Unter anderem in Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Estland, Slowenien und Ungarn zeigt sich eine jährliche

Überstundenanzahl, die charakteristisch unter dem EU-Durchschnitt rangiert, während in den gleichen Ländern das Niveau der Schattenwirtschaft überdurchschnittlich ausfällt.

Eine Ausnahme stellen bei diesem Sachverhalt Griechenland und Zypern dar, wo neben charakteristisch hohen Überstundenzahlen auch die Dimension der verdeckten Wirtschaft enorm ist, was vermutlich durch spezifische Umstände jenseits der ungesetzlich erbrachten Überstundenarbeit beeinflusst wird. Für Länder mit dem geringsten geschätzten Ausmaß einer Schattenwirtschaft sind höhere Überstunden typischer, wobei freilich auch hier größere Abweichungen auftreten können.

In Ungarn lässt sich die niedrige Zahl an Überstunden nicht unbedingt auf die schwarz abgeleisteten Mehrstunden zurückführen, nachdem sich Überstunden auch mit anderen gesetzlichen Mitteln kompensieren lassen, doch wird die Möglichkeit, eine größere Anzahl an Überstunden einzuräumen, dazu beitragen können, die Schattenwirtschaft weiter zurückzudrängen.

WICHTIGE MELDUNGEN – AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

DIE OPPOSITION SETZTE TRICKS EIN, DIE IM AUSLAND BEREITS GESCHEITERT SIND

Die Arbeit des Parlaments zu behindern, spontane Demonstrationen zu organisieren, Scheinskandale zu schüren und ein gekünsteltes Martyrium vorzutäuschen, sind keine Neuigkeiten in der europäischen Politik. Die ungarische Opposition bediente sich in den jüngsten Tagen Techniken, die in Polen bereits ausprobiert wurden und dort zum Scheitern verurteilt waren. Nachdem sie aber offensichtlich aus dem polnischen Beispiel nicht gelernt hat, sollte nun die Lehre gezogen werden: Lupenreine Provokationen sind auf lange Sicht eine unfruchtbare politische Strategie.

Ein der ungarischen Obstruktion verblüffend ähnelnder Versuch trug sich beinahe auf den Tag genau vor zwei Jahren in Polen zu, als der Abgeordnete der zur Opposition gehörenden PO, Michał Szczerba, die Sitzung des Sejms behinderte, indem er wie jetzt Bence Tordai seinen Spaß mit dem sarkastischen Wiederholen einer Wortmeldung trieb. Schon damals störten die Oppositionspolitiker die Arbeit des polnischen Parlaments durch das Hochhalten von Schildern und Zwischenrufe, besetzten anschließend das Rednerpult und sangen noch die Nationalhymne. Später versuchten sie den Nachweis zu erbringen, dass die Verabschiedung von im Senat abgestimmten Gesetzen ungültig sei,

woraufhin die Regierungspartei gestützt auf Videomitschnitte die per Handzeichen abgegebenen Stimmen neuerlich auszählen ließ.

Zwar handelt es sich bei der Provokation durch Politiker der ungarischen Opposition um keine alltäglichen Ereignisse, international ist diese aber dennoch nicht beispiellos. Genauso wenig wäre es neu, die Rolle als Opfer nötigend herbeizuführen, das „System“ zur Aggression zu zwingen oder solche Dinge schauspielerisch zu „belegen“. Während in der öffentlich-rechtlichen Medienanstalt ungarische Oppositionsabgeordnete gegen eine Tür rannten, den Sicherheitsleuten in die Arme fielen und sich freiwillig zu Boden warfen, um eine Abhängigkeitslage zu imitieren, legte sich in Polen ein Provokateur auf den Straßen von Warschau zu Boden, die nach dem Zünden von Rauchbomben in Rauchschwadern gehüllt waren, um schwerste Verletzungen vorzutäuschen. Wie sich später herausstellte, war der Provokateur der Ehemann jener Agata Diduszko-Zyglewska, die in der neuen Stadtführung von Warschau für Kulturbelange verantwortlich ist, und zwar in den Farben jener PO, die der härteste Rivale der polnischen Regierungspartei ist. Zu ihrem Pech erging es ihnen genauso, wie hierzulande der Sozialistin Ildikó Bangó-Borbély, weil eine entlarvende Videoaufnahme auftauchte, die das Ganze als Inszenierung aufdeckte. Dieses niveaulose, den einstigen Ereignissen in Polen ähnelnde Ränkeschmieden könnte den Anfang eines auf Skandale ausgerichteten Politisierens bedeuten, wie es in der Geschichte des ungarischen Parlamentarismus noch nicht vorgekommen ist. Es ist gut möglich, dass wir die emblematische Aussage von „Hundertern von Tricks“ neu interpretieren müssen und uns gut auf weitere Versuche vorbereiten sollten, eine öffentliche Empörung auszulösen, egal wie amateurhaft diese auch ausgeführt oder aber erfolgreich manipuliert werden.

WICHTIGE MELDUNGEN – UNGARISCHE INNENPOLITIK

SOWOHL IN BUDAPEST ALS AUCH AUF DEM LANDE WURDE GEGEN DIE ÄNDERUNG DES ARBEITSGESETZBUCHES DEMONSTRIERT

Wegen der geplanten Änderung des Arbeitsgesetzbuches organisierten die Gewerkschaften und die Oppositionsparteien in Budapest nahezu kontinuierlich, auf dem Lande wiederum mit wechselnder Intensität und mit Aktionen von geringeren Dimensionen Demonstrationen. Die Ordnungshüter gewährleisteten – im Gegensatz zu den Ereignissen von 2006 – fachgerecht und frei von Übergriffen

ungeachtet der direkt aus den Reihen der Demonstranten vorgenommenen Provokationen die verfassungsmäßige Ordnung.

Eine Erhebung des Nézópont-Instituts zeigt, dass jene Strategie der Opposition eine Sackgasse darstellt, wonach man versucht, mittels Skandalpolitizierens die Arbeit der Gesetzgebung auf lange Sicht unmöglich zu machen. Nach Ansicht von 66 Prozent der Befragten ist es nicht akzeptabel, wenn mit Trillerpfeifen, Zwischenrufen und Provokationen Unruhe gestiftet wird. Jedoch darf von Seiten der Oppositionspolitiker auch im weiteren Verlauf mit einem ähnlich gearteten Auftreten gerechnet werden. Der MSZP-Vorsitzende Bertalan Tóth gab zur Wochenmitte bekannt, dass die Sozialisten in allen 19 Komitaten des Landes und an insgesamt rund 70 Schauplätzen weitere Proteste beabsichtigen.

An den sich zeitlich in die Länge ziehenden Demonstrationen nehmen mit der Zeit immer weniger Menschen teil. Neben der Weihnachtszeit dürfte das auch daran liegen, dass die Aktion gegen die öffentlich-rechtlichen Medien in Wirklichkeit Teil einer Konspiration ist, die nicht von der geplanten Modifizierung des Arbeitsgesetzbuches handelte. Die tatsächliche Zielstellung lautete, die ideologische Grundlage für einen umfassenden Zusammenschluss der Opposition zu schaffen.

Im Zuge der Geschehnisse üben auch die Gewerkschaften Druck auf die Regierung aus, denn nach ihrer Interpretation stehen der 36-monatige Arbeitszeitrahmen sowie die Auszahlung der Überstundengelder im Zusammenhang, weshalb die Arbeitgeber künftig die Überstunden nicht im monatlichen Rhythmus abrechnen werden.

DAS AUFTRETEN DER OPPOSITIONSPOLITIKER GING AN DIE GRENZEN DER RECHTSSTAATLICHKEIT

Im Anschluss an die skandalöse Parlamentsdebatte des Überstundengesetzes erarbeiteten Oppositionspolitiker eine neue Strategie, um die Angelegenheit im Interesse ihres eigenen politischen Nutzens ausschlichten zu können. Dabei organisierten sie in der vergangenen Woche jede Menge Aktionen und Proteste, bei denen sie die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit ausreizend immer wieder auch gewalttätige Handlungen vornahmen. Die Demonstrationen konnten im Gesamtmaßstab des Landes nicht sonderlich viele Menschen aktivieren.

Die Demonstration mit dem anschließenden Versuch, das Hauptgebäude der öffentlich-rechtlichen Medienanstalt zu besetzen, verfehlte ihr gesetztes Ziel, denn die Petition mit den fünf Forderungen

der Opposition wurde nicht in den öffentlich-rechtlichen Medien verlesen. Aus dem Gesichtspunkt der Gesetzlichkeit lassen sich jene Ereignisse, die sich am Sitz der MTVA in der Kunigunda út zutrug, nur schwer interpretieren. Im Sinne des Gesetzes über das Parlament dürfen Abgeordnete unter Vorweisen ihres Abgeordnetenausweises zu Zwecken der Eigeninformation sämtliche Verwaltungsorgane sowie öffentlichen Einrichtungen frei betreten. Im Sinne dieser Rechtsnorm „darf die Ausübung dieser Berechtigung aber keine unverhältnismäßigen Einschränkungen im ordnungsgemäßen Betrieb der betroffenen Organe herbeiführen“. Somit dürfen also verhältnismäßige Einschränkungen verursacht werden (beispielsweise muss ein Mitarbeiter bei dem betreffenden Organ seine Arbeitszeit zur Verfügung stellen, um den Abgeordneten zu begleiten und Dokumente für diesen erreichbar zu machen), während der Umstand, wonach die Politiker in Aussicht stellten, in ein TV-Studio eindringen zu wollen, nicht als verhältnismäßig angesehen werden kann. Im Ergebnis der öffentlichen Debatte zu der Frage der Verhältnismäßigkeit oder Unverhältnismäßigkeit der Intervention darf im weiteren Verlauf mit Verfahren gerechnet werden, nachdem die Oppositionspolitiker, die sich am 16. und am 17. Dezember 2018 im Gebäude der MTVA aufhielten, ihre Berechtigungen als Abgeordnete missbräuchlich angewendet haben dürften.

Die Aktion der Abgeordneten sorgte für einen großen Widerhall in den Medien, weil der Sicherheitsdienst der MTVA die Abgeordneten Bernadett Szél und Ákos Hadházy aus dem zum internen Betriebsgelände erklärten Hauptgebäude entfernte, während mehrere sich dort aufhaltende Politiker die Geschehnisse live via Facebook übertrugen. Im Nachfeld dieser Ereignisse beteiligten sich an den im Umfeld des Hauptgebäudes organisierten Demonstrationen Oppositionspolitiker aller Formationen, wobei Politiker der Jobbik, der DK, der LMP, der MSZP sowie der OB von Hódmezővásárhely, Péter Márki-Zay, das Wort ergriffen. Zugleich gab es auch Politiker, die dieser Aktion einigermaßen überraschend fernblieben, wie ein Ferenc Gyurcsány, der sich nicht an der Demonstration vor dem Sitz der Medienanstalt beteiligte. Allerdings waren mehrere Abgeordnete der DK – unter ihnen László Varju – aktive Mitwirkende bei der Organisation, wie Politiker in das Gebäude gelangen und dort für Provokationen geeignete Szenen veranstalten konnten. Des Weiteren stellt sich die Frage nach einer Verantwortung der Abgeordneten in Verbindung mit dem aggressiven Charakter der Demonstrationen: Den aktuellsten Informationen zufolge wurden im Zusammenhang mit den Protesten am Kossuth tér vor dem Parlament Schäden von mehr als einer Million Forint verursacht.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

GÁBOR STAUDT VERZICHTETE AUF SEIN PARLAMENTSMANDAT

Der 35-jährige Politiker ist seit 2004 Mitglied der Jobbik, deren Ethik- und Disziplinausschuss er später leitete. Seit 2006 trat er als Kandidat zu sämtlichen Parlamentswahlen an und befand sich sogar zweimal im Rennen um das Amt des Oberbürgermeisters von Budapest. Staudt gehörte zu den Anhängern der früheren radikalen Politik, wobei nach seiner eigenen Darstellung nicht die internen Spannungen in der Jobbik oder deren Linksruck zu seinem Rücktritt geführt hätten, sondern er diese Entscheidung aus familiären Gründen treffen musste. Früher wurden schwere Korruptionsvorwürfe gegen den Politiker laut; nach einzelnen Medienberichten wurden in Polen Ermittlungen in einer Sache eingeleitet, bei der Staudt gemeinsam mit Polizisten in ein Netzwerk involviert sein sollte, das Betrug mit Mehrwertsteuer beging und dabei dem polnischen Staat schwere materielle Schäden zufügte. Der Politiker dementierte diese Gerüchte und verklagte die betreffenden Medien.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, dass seine Nachfolge außerordentlich schnell, nämlich an einem einzigen Tag, entschieden wurde – Tamás Csányi wird seinen Platz im Parlament einnehmen –, darf nicht ausgeschlossen werden, dass die innerparteiliche Abrechnung mit dem radikalen Flügel eine Fortsetzung findet, um den nunmehr selbst auf institutioneller Ebene vollzogenen Zusammenschluss mit der Linken besser „verkaufen“ zu können. Die im Zerfall befindliche Partei hat seit April 4 Prozentpunkte und somit annähernd 300.000 Wähler verloren. Das Apropos für das Zusammengehen mit der Linken und somit eine gemeinsame Plattform der Opposition dürfte durch die Demonstrationswelle der vergangenen Woche gegeben sein, als Politiker der Jobbik gemeinsam mit Abgeordneten des linken Lagers gegenüber den öffentlich-rechtlichen Medien sowie der Regierung in Erscheinung traten.

PROGNOSE

- **In der kommenden Woche soll einem vorab definierten Szenario folgend die Vorwahl der linken Kandidaten um das Amt des Oberbürgermeisters von Budapest ihren Anfang nehmen.** Wegen des ungeeigneten Zeitpunkts lässt sich aber durchaus denken, dass der Zeitplan der bisherigen Konzeption noch überdacht wird, nachdem das Interesse der Sympathisanten an der Politik zwischen den Feiertagen am Jahresende geringer als gewöhnlich ausfällt. Nach jetzigem Stand

würden obendrein nur zwei Politiker an das Sammeln der benötigten zweitausend Empfehlungen gehen wollen: Csaba Horváth und Gergely Karácsony.